

Dieser Leserbrief kam in der Stuttgarter Zeitung:

Es ist bedrückend, für Griechenland und andere Länder ständig bezahlen zu müssen. Doch zahlen und bürgen wir nicht weiter, erwartet uns der Staatspleiten-Domino-Effekt und die Wirtschaftskrise. Dann müssen wieder Banken mit Milliarden und die Wirtschaft mit Kurzarbeitergeld, Abwrackprämie u. ä. gerettet werden. Und womöglich erhält unser Staat dafür keine Kredite mehr von den Finanzmärkten, weil er bereits zu hoch verschuldet und „verbürgt“ ist.

Diese fatale Situation haben uns die CDU-FDP-SPD-Spitzenpolitiker beschert, weil sie mit Hilfe unseres technischen Vorsprungs und mit Sozialabbau (Hartz 4, Leiharbeit, Aushungern der Rentenkasse usw.) das eigene Volk kurz hielten und auf Mega-Export setzten. Der deutsche Exportüberschuss bringt Jahr für Jahr etwa 150 Milliarden Euro Überschuss bei der Zahlungsbilanz. Dieses Geld nehmen aber zum großen Teil Konzerne und deren Eigentümer ein. Aus deren Ersparnissen haben sich die unvorstellbaren Geldmengen auf den Finanzmärkten gebildet. Von dort leihen sich die Staaten Geld, um die Abflüsse auszugleichen, die natürlich bei Staaten mit Importüberschuss besonders hoch sind.

Die Stationen des für Griechenland dominierenden Geldstroms sind also: Griechenland, deutsche Exportfirmen, Vermögenseinkommen, Finanzmärkte, von dort durch Verschuldung an den griechischer Staat, von dort wieder an Griechenland. Die letzte Strecke dieser Reise wird hart kritisiert und dem griechischen Staat strengste Sparpolitik verordnet.

Doch Sozialausgaben und Subventionen sind dort wegen hoher Arbeitslosigkeit und Unternehmenspleiten so notwendig wie das Wasser für einen Verdurstenden. Diese Notstände sind Folgen des hohen Importdrucks aus Deutschland. Selbst bei uns wurden ja, obwohl wir riesige Exporteinnahmen haben, die Staatsschulden auf zwei Billionen Euro hochgetrieben und außerdem das „Tafelsilbers“ verkauft.

Um Griechenland und andere Länder wirtschaftlich zu gesunden, muss deren Außenhandelsbilanz ausgeglichen werden, indem man ihnen z. B. erlaubt, wieder Importzölle zu erheben. (Eine Abwertung ihrer Währung ist ja nicht mehr möglich.) Um die fatale Zinsknechtschaft der Staaten gegenüber den Finanzmärkten abzubauen, benötigen wir die schon lange von der LINKEN geforderte Reichensteuer (auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften). Nicht durch Verschuldung an die Finanzmärkte, sondern durch Besteuerung müssen die Staaten künftig überschüssiges Geld abschöpfen und wieder der Realwirtschaft zuführen.

Der zweite Leserbrief kam heute 29.09. in der HSt, Stellen in < > wurden weggelassen :

<Es ist entsetzlich, wie die Politik mit der Euro-Krise umgeht. Es war falsch, alle Staaten (auch unseren) in horrende Verschuldung zu bringen.> Durch die gegenseitigen Geldtransfers und Bürgschaften werden zwar einige „ertrinkende“ Staaten über Wasser

gehalten. Doch damit stehen auch die Helfer bald vor dem nassen Tod, der Staatspleite. Als Heilmittel ist jetzt das Sparen <in allen Ländern> in aller Munde. Leider ist das auch falsch. <Versprochen nicht seit Jahrzehnten alle Regierungen, zu sparen, und trotzdem stiegen und steigen die Schulden rasant weiter?> Anscheinend bemerkt niemand, dass die Staatsausgaben die Wirtschaft vor der Krise bewahren. Abgesehen von der Produktion öffentlicher Güter (Rechtssicherheit, Straßen usw.), die wir mit unseren Steuern bezahlen, verteilt der Staat um, indem er sich Geld leiht und damit Subventionen und Sozialausgaben bestreitet. Die Subventionen gehen direkt in die Wirtschaft (den Produktionsapparat). Die Sozialausgaben geben die Empfänger ja wieder aus, sie kommen also auch der Wirtschaft zugute <(lassen dort die Kassen klingeln)>. Die Wirtschaft braucht diese Geldspritzen, weil viele reiche Bürger weniger Geld für den Konsum und für Investitionen ausgeben, als sie einnehmen. Dieses Geld holt der Staat durch seine Verschuldung (zumeist über die Finanzmärkte) zurück und verhindert damit die Pleite schwächerer Unternehmen. Diese (notwendige) Rückführung muss aber durch Besteuerung und nicht durch Verschuldung stattfinden. Finanztransaktionssteuer, stärkere Besteuerung großer Einkommen, Vermögen und Erbschaften und der riesigen Gewinne mancher Unternehmen sind angesagt. Begreift das denn da oben niemand?